



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Grundsätze des internationalen Flüchtlingsrechts beachten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich zu den Grundsätzen des internationalen Flüchtlingsrechts zu bekennen;
- keine Sonderlager für Asylsuchende aus Ländern mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit einzurichten,
- stattdessen die schon lange zugesagten Erstaufnahmeeinrichtungen und Ankunftscentren in allen Regierungsbezirken zügig zu errichten.

### Begründung:

Auf die derzeitigen Asylantragszahlen und die wachsende Not vieler Flüchtlinge reagiert die Staatsregierung derzeit mit Ankündigungen, die den Grundsätzen des internationalen Flüchtlingsrechts widersprechen. So sollen Asylanträge von Flüchtlingen, die aus Balkanländern nach Bayern eingereist sind, in Schnellverfahren bearbeitet werden. Es ist zu befürchten, dass mit den Schnellverfahren ohne die gebotene Sorgfalt gegen das Herzstück des internationalen Flüchtlingsrechts – das Non-Refoulement-Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen – wird.

Die Aufnahme, Registrierung und Weiterleitung der Schutz- und Asylsuchenden muss dringend besser gelöst werden. Die Staatsregierung sollte sich bei der Aufnahme von Asyl- und Schutzsuchenden an dem Ankunftscentrum für Flüchtlinge in München orientieren, welches vor der Eröffnung steht, und in dem Aufnahme, Registrierung und Weitervermittlung der Asyl- und Schutzsuchenden erfolgen soll.

Die soziale und wirtschaftliche Situation der Menschen in Serbien, Mazedonien, Albanien, Kosovo, Montenegro und Bosnien und Herzegowina müssen durch verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausbildungskooperationen verbessert werden. Ein Einwanderungsgesetz ist zudem erforderlich, um die Arbeitsaufnahme von Arbeitssuchenden zu regeln und zu erleichtern.